

Warum schweigt Europa zu den Killer- und Kidnapper-Kommandos der CIA, die im Auftrag der Bush-Administration auch auf unserem Kontinent agieren?

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 004/06 – 06.01.06**

Fundsache

CIA-Geheimprogramm übersteht die jüngste Empörung

Antiterror-Einsatz weitet sich aus

Von Dana Priest, Washington Post Staff Writer, Freitag 30.12.05

Der Auftrag, den Präsident Bush kurz nach dem 11. September 2001 zur Bekämpfung von Al Qaida erteilte, hat sich zum größten CIA-Programm für verdeckte Aktionen seit dem Gipfelpunkt des Kalten Krieges entwickelt und weitet sich auch künftig in Breite und Ambition aus – trotz daheim und im Ausland wachsender Aufregung über seine heimlichen Taktiken, wie heutige und ehemalige Geheimdienstmitarbeiter und Quellen im Kongress und in der Regierung bestätigen.

Das breit angelegte Projekt, das innerhalb der Agency unter den Initialen GST läuft, ist unterteilt in Dutzende hochgeheimer Einzelprogramme, deren Details nur die direkt daran Beteiligten kennen.

GST schließt Programme ein, die der CIA gestatten, mit Hilfe fremder Geheimdienste Al Qaida-Verdächtige einzufangen, geheime Gefängnisse im Ausland zu unterhalten, Verhörtechniken zu verwenden, die nach Meinung einiger Rechtsanwälte internationale Verträge verletzen, und eine Flotte von Flugzeugen zu unterhalten, um Gefangene rund um den Globus zu befördern. Andere Abteilungen innerhalb der GST verschaffen der CIA die uneingeschränkte Möglichkeit, internationale Finanzunterlagen auszuspionieren und Verdächtige überall auf der Welt abzuhören. (Alle Hervorhebungen durch Fettdruck wurden nur in der deutschen Übersetzung vorgenommen.)

In den letzten beiden Jahren, als Aspekte dieses Geheimdienstnetzes in den Blick der Öffentlichkeit geraten sind, haben die Enthüllungen zu Protesten und offiziellen Ermittlungen in Ländern geführt, die mit den Vereinigten Staaten zusammenarbeiten – ebenso zur Verurteilung durch internationale Menschenrechts-Aktivisten und zur Kritik von Kongress-Mitgliedern.

Trotzdem werden alle Programme bis heute weitgehend so durchgeführt, wie sie einmal angelegt wurden, bestätigen heutige und ehemalige Offizielle. Diese Quellen sagen aus, dass Bushs persönliches Eintreten für die Fortsetzung des GST-Programms und sein Glaube an dessen Legalität der Schlüssel dafür war, dass jedem Druck, den Kurs zu ändern, widerstanden wurde.

„In der Vergangenheit haben Präsidenten Puffer eingebaut, um sich von verdeckten Aktionen distanzieren zu können,“ sagte A. John Radsan, der stellvertretende Chefberater der CIA von 2002 bis 2004. **„Aber dieser Präsident, der die Grenzlinie zwischen verdeckter Aktion und konventionellem Krieg beseitigt hat, scheint die geheimen Erkenntnisse und die schmutzigen Details von Operationen zu genießen.“**

Die Entscheidungen der Regierung, nur auf einen kleinen Kreis von Rechtsberatern zu setzen, der die verdeckten CIA-Programme durch legalistische Interpretationen rechtfertigt, und nicht mit dem Kongress ausführlich darüber zu beraten, haben die Einsätze vor wachsender Empörung bewahrt, sagten mehrere beteiligte Quellen aus.

Bush hat die Existenz eines verdeckten Programms nie öffentlich bestätigt, aber er war kürzlich gezwungen, dessen Vorhandensein mit allgemeinen Wendungen zu verteidigen, unter Berufung auf seine Verantwortung, die Nation im Krieg beschützen zu müssen. Im November, als er auf Fragen über die geheimen Gefängnisse der CIA antwortete, sagte er, die Nation müsse sich gegen einen Feind verteidigen, der „uns belauert, Anschläge plant und Amerika erneut verletzen will“.

In diesem Monat ging er mehr ins Detail, als er das ungenehmigte Abhören der National Security Agency innerhalb der Vereinigten Staaten verteidigte. Dieses (Abhör-)Programm findet unabhängig von dem GST-Programm statt, aber drei beteiligte Rechtsanwälte sagten aus, die rechtliche Grundlage für das NSA-Programm sei im Wesentlichen die gleiche, wie die zur Rechtfertigung des (Abhör-Programms) im Rahmen von GST; GST ist die Abkürzung eines geheimen Codenamens für das (gesamte) abgeschirmte Programm verdeckter Aktionen. (Das GST-Gesamtprogramm ist so streng geheim, dass selbst die sonst gut informierte Dana Priest nicht erfahren hat, wofür das Kürzel GST steht.)

Die Regierung behauptet, dass sie immer noch zur Selbstverteidigung nach den Angriffen des 11. September handele, dass das Schlachtfeld die Welt sei, und dass alles, was sie angeordnet hat, durch den Beschluss des Kongresses vom 14. September 2001 gedeckt sei, als dieser in einer Resolution den Präsidenten ermächtigte, „alle notwendigen und angemessenen Maßnahmen gegen jene Nationen, Organisationen oder Personen zu ergreifen, welche die terroristischen Angriffe geplant, angeordnet, durchgeführt oder unterstützt haben.“

„Jede (Maßnahme) wird im Namen der Selbstverteidigung ergriffen, deshalb darf alles getan werden, weil im War Powers Act (vergleichbar mit unseren Notstandsgesetzen) nichts verboten ist,“ sagte ein Offizieller, der über das originale verdeckte Programm der CIA informiert wurde und dessen Rechtsgrundlagen für sehr fragwürdig hält. „Das ist eine wunderliche Art von legaler Rechtfertigung, die ihnen erlaubt, alles zu tun,“ sagte ein Offizieller, der wie andere wegen der Sensibilität der Angelegenheit nur unter der Bedingung geredet hat, dass er anonym bleibt.

Seine Interpretation wird durch die Entschlossenheit der Regierung bestätigt, wegen öffentlicher Proteste oder der Androhung legislativer Maßnahmen nicht zu wanken.

Als zum Beispiel die Washington Post die Existenz geheimer Gefängnisse in mehreren osteuropäischen Demokratien enthüllte, wurden diese wegen des Aufschreis in Europa von der CIA geschlossen. Aber die Gefangenen wurden nur an andere Orte in ähnliche CIA-Gefängnisse verbracht, die in Geheimdokumenten als „black sites“ bezeichnet werden.

Die CIA hat alle Operationen fortgesetzt und verteidigt oder verfeinert sie auch in einigen Fällen. Die Agency arbeitet daran, Prozeduren für den Fall zu schaffen, dass ein Häftling in Gefangenschaft stirbt. Nach einem Vorschlag, der unter Offizieren der mittleren Ebene zirkuliert, soll ein rasch herbei gerufener CIA-Pathologe eine Autopsie durchführen und der Körper danach schnell verbrannt werden, bestätigen zwei Quellen.

Im Juni hat die CIA ihr Verhörprogramm zeitweise ausgesetzt, nach einer Kontroverse, die durch die Aufdeckung eines Memorandums vom 1. August 2002 entstand, in dem das Büro für Rechtsberatung im Justizministerium Folter auf unkonventionelle Art definiert hatte. Das Weiße Haus zog das Memo zurück und ersetzte es. Aber die Verhör-Aktivitäten der CIA wurden schließlich doch fortgesetzt, wie mehrere Geheimdienstoffizielle bestätigten.

Zu den erlaubten Techniken gehören „waterboarding“ (erzwungenes Einflößen großer Wassermengen) und „waterdousing“ (Eintauchen des Kopfes unter Wasser), die beide in den Gefangenen Angst vor dem Ertränktwerden hervorrufen sollen,

ebenso harte Schläge mit der flachen Hand, Isolationshaft, Schlafentzug, künstliche Ernährung und Stresspositionen (wie stundenlanges Stehen mit ausgestreckten Armen) – die oft auch kombiniert werden, um den Effekt zu verstärken, wie Geheimdienstoffizielle sagen.

Hinter den Kulissen hat CIA-Direktor Porter J. Goss – bis letztes Jahr republikanischer Vorsitzender des Geheimdienst-Komitees im (Repräsentanten)haus – Munition zur Verteidigung des Programms gesammelt.

Nachdem der Bericht eines CIA-Generalinspektors im Sommer 2004 feststellte, dass einige erlaubte Verhörtechniken internationales Recht verletzen, ließ Goss von zwei Experten für Nationale Sicherheit die Wirksamkeit des Programms untersuchen.

Gardner Peckham, ein Ratgeber des damaligen Sprechers des (Repräsentanten)hauses, Newt Gingrich (Republikaner aus Georgia), stellte fest, die Verhörtechniken seien effektiv gewesen, teilte ein Geheimdienstoffizieller mit, dem das Ergebnis (der Untersuchung) bekannt war. John J. Hamre, stellvertretender Verteidigungsminister unter Präsident Bill Clinton, kam zu einem eher zwiespältigen Ergebnis. Beide wollten das aber nicht kommentieren.

Das einzige noch vorhandene Hindernis, das noch eine deutliche Änderung der CIA-Haltung bewirken könnte, ist ein in diesem Monat verabschiedetes Gesetz, das Folter und grausame oder unmenschliche Behandlung von Gefangenen in US-Haft verbietet, einschließlich (der Gefangenen) in Händen der CIA.

Es ist noch unklar wie das Gesetz, das Senator John McCain (Republikaner aus Arizona) durchgesetzt hat, angewendet wird. Aber zwei Geheimdienstexperten sagten, die CIA wird klare Richtlinien erlassen müssen und sich alle speziellen Verhörtechniken von einer größeren Anzahl von Regierungs-Rechtsanwälten genehmigen lassen müssen, die eine konventionellere Auffassung von den Verpflichtungen gegenüber internationalen Verträgen haben.

„Auf Seiten der Exekutive wird man nur nachgeben, wenn man muss,“ sagte ein früherer Anwalt des Justizministeriums, der an den einleitenden Diskussionen über die Macht der Exekutive beteiligt war. „Wenn sie einseitig nachgibt und ein weiterer Anschlag passiert, wird sie dafür getadelt werden.“

Die Ursprünge

Die hochgeheime Präsidentenanweisung, die Bush sechs Tage nach den Angriffen des 11. September unterzeichnete, ermächtigte die Geheimdienste auf eine Weise, die seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr zu beobachten war, und beauftragte sie, das zu schaffen, was zum GST-Programm werden sollte.

Seit dem National Security Act (Nationales Sicherheits-Gesetz) von 1947 müssen schriftliche Anweisungen vorliegen, bevor die CIA verdeckte Aktionen durchführen darf. Eine verdeckte Aktion darf weder die Verfassung noch ein US-Gesetz verletzen. Aber solche Aktionen dürfen sehr wohl – und sie tun das auch oft – Gesetze der fremden Länder verletzen, in denen sie stattfinden, sagten Geheimdienstexperten.

Die CIA verfügte am Tag nach den Angriffen (des Jahres) 2001 nur über wenige Al Qaida-Informanten, eine schwache paramilitärische Division und keine Verhörspezialisten – kaum ein System, um Terrorverdächtige zu transportieren und sie für Befragungen versteckt zu halten.

Neben dem Einsatz im Krieg in Afghanistan setzte die Agency darauf, ein Netzwerk zum Sammeln von Geheiminformationen einzurichten, das sehr stark auf fremde Sicherheitsdienste und ihr tieferes Wissen über lokale Terroristengruppen baut.

Mit Milliarden Dollars, die der Kongress in jedem Jahr bewilligte, hat die CIA in mehr als zwei Dutzend Ländern gemeinsame Anti-Terror-Geheimdienstzentren eingerich-

tet, und sie hat mindesten acht Länder, davon mehrere in Osteuropa, dazu gebracht, ihr Geheimgefängnisse auf ihrem Boden zu erlauben.

Durch Arbeit hinter den Kulissen hat die CIA von fremden Regierungen die Erlaubnis erhalten, Terrorverdächtige von der Strasse „abzustauben“ (to whisk) oder aus Polizeihaft in ein geheimes Gefängnisssystem zu überführen, zu dem die „black sites“ der CIA und Einrichtungen gehören, die Geheimdienste anderer Länder betreiben.

Die Präsidentenanweisung erlaubte der CIA auch, paramilitärische Teams zu schaffen, um ausgewählte Individuen überall auf der Welt zu jagen und zu töten, bestätigen ein Dutzend heutige oder ehemalige Geheimdienstoffizielle und Quellen aus dem Kongress und aus der Exekutive.

In vier Jahren wurde GST größer, als die CIA-Programme für verdeckte Operationen in Afghanistan und in Zentralamerika in den 80er Jahren (des letzten Jahrhunderts), was heutige oder frühere Geheimdienstoffizielle bestätigen. Tatsächlich sind der Zusammenarbeit der CIA mit ausländischen Partnern alle offensichtlichen Erfolge zu verdanken, die von den Vereinigten Staaten durch Gefangennahme oder Tötung von Al Qaida-Führern seit dem 11. September 2001 erzielt wurden.

Bush übertrug viele Befugnisse zur laufenden Entscheidungsfindung und die Ausarbeitung individueller Komponenten dem damaligen CIA-Direktor George J. Tenet, bestätigen Offizielle des Kongresses und des Geheimdienstes, die damals mit der Anweisung befasst waren.

„George konnte sogar über Tötungen entscheiden“, sagte einer dieser Offiziellen und meinte damit Tenet. „Das wurde auf ihn abgewälzt. George hatte auch darüber zu entscheiden, wer sie auszuführen hatte.“

Die Rechtsanwälte

Tenet, das bestätigen ein halbes Dutzend ehemalige Geheimdienstoffizielle, übertrug die Entscheidung über Tötungsaktionen meist dem Anti-Terror-Zentrum der CIA. Die Tötung eines Al Qaida-Führers mit einer Hellfire-Rakete (panzerbrechender Lenkflugkörper zur Zerstörung stationärer und beweglicher Ziele), die von einer ferngesteuerten Drohne (unbemanntes Kleinflugzeug) abgefeuert wurde, wäre früher als Ermordung und deshalb als gesetzlich verboten anzusehen gewesen.

Aber nach dem 11. September, das sagten vier ehemalige Regierungsanwälte, wurde das als Akt der Selbstverteidigung interpretiert und war deshalb keine Ermordung. „Wenn es ein Al-Qaida-Mitglied war, wäre das kein Mord,“ sagte ein beteiligter Rechtsanwalt.

In diesem Monat wurde nach Angaben pakistanischer Geheimdienstquellen Hamza Rabia, ein Spitzenplaner für Operationen der Al Qaida, zusammen mit vier Anderen von einer Rakete getötet, die US-Agenten aus einer unbemannten Predator-Drohne (ferngesteuertes Kleinflugzeug mit ca. 15 m Flügelspannweite, das zur Überwachung aber auch als Waffenträger eingesetzt werden kann) abgeschossen hatten, auch wenn es widersprüchliche Berichte darüber gab, ob eine Rakete benutzt worden sei. Nach Berichten wurde im Mai ein anderes Al Qaida-Mitglied, Haitham Yemeni, mit einer Rakete einer Predator-Drohne in Nordwest-Pakistan getötet.

Eine raffiniertere Definition von Ermordung war nur eine von vielen legalistischen Interpretationen, die Anwälte der Bush-Regierung sich einfallen ließen. Nach und nach forderte die Administration ihre Anwälte auf, neue Regeln aufzustellen und ältere umzudefinieren, um Aktivitäten zu ermöglichen, die seit den siebziger Jahren (des letzten Jahrhunderts) durch Reformen des Kongresses verboten oder verhindert worden waren, das bestätigen die genannten Offiziellen und sieben Anwälte, die damals diese Angelegenheiten bearbeiteten.

General Michael V. Hayden, der stellvertretende Direktor des Nationalen Geheimdienstes, hat die Philosophie der Regierung bei öffentlichen und privaten Treffen beschrieben, auch bei einer Sitzung mit Menschenrechts-Gruppen.

„Wir gehen bis zum Äußersten“, teilte Hayden den Gruppen mit, nach Aufzeichnungen von Human Rights Watch (US-Menschenrechts-Organisation), die Haydens Büro bestätigt hat. „My spikes will have chalk on them (soll wohl heißen, wir werden mit voller Kraft loslegen). Wir werden im Rahmen des Gesetzes sehr aggressiv sein. Als Profi würde es mir leid tun, nicht alle Möglichkeiten auszunutzen, die das Recht (gerade noch) erlaubt.“

Wenn wir einen weiteren Anschlag nicht verhindern, wird das nicht nur ein professioneller Fehlschlag sein, es wird auch die zu akzeptierenden rechtlichen Grenzen des Antiterrorkampfes noch weiter verschieben, argumentierte er.

Als die CIA neue Verhörregeln für wichtige Terrorverdächtige wünschte, gab das Weiße Haus diese Aufgabe an eine kleine Gruppe von Anwälten im Büro für Rechtsberatung, das zum Justizministerium gehört, weiter, weil diese eine aggressive Interpretation der Macht des Präsidenten favorisierten.

Das Weiße Haus engte den Kreis der Teilnehmer, die sich mit diesen äußerst sensiblen neuen Bereichen befassten, sehr stark ein. Von Anfang an schloss es den Chefberater des Außenministeriums, die meisten der führenden Rechtsberater der militärischen Dienste und der Kriminalabteilung des Justizministeriums aus, die sich normalerweise mit dem internationalen Terrorismus befassten.

„Die Bush-Administration wollte keine breite Debatte darüber, ob die Machtbefugnisse des Oberkommandierenden (d. h. des US-Präsidenten) internationale Konventionen und innerstaatliche Statuten in unserem Kampf gegen den Terrorismus übertrumpfen dürfen,“ sagte Radsan, der frühere CIA-Anwalt, der Professor am William Mitchell College of Law in St. Paul, Minnesota, ist. „Sie hätten diese wichtige Frage, losgelöst von geheimen Operations-Details, offen diskutieren können. Stattdessen bearbeitete ein innerer Kreis von Anwälten und Beratern die Andersdenkenden in der Administration, und sie übertrafen sich gegenseitig mit extremen Argumenten.“

In der CIA selbst übertrug das Weiße Haus den Posten des Chefberaters, der traditionell an einen Außenstehenden mit einer gewissen Aufsichtsfunktion vergeben wurde, an John Rizzo, einen CIA-Karriere-Anwalt mit einer Vorliebe für auffallende Anzüge und Krawatten, der jahrelang im Operationsdirektorat / D.O. gearbeitet hatte.

„John Rizzo ist ein klassischer D.O.-Anwalt. Er versteht die Arbeitsweise, das (ganze) Geheimdienstgeschäft,“ sagte Radsan. „Er bewundert die Offiziere, die Fälle bearbeiten. Und sie vertrauen darauf, dass er mit ihnen robuste Anweisungen für die Grauzone erarbeitet. Er ist wie ein verbündeter Anwalt, der weiß, wie der Deal zu erledigen ist.“

Diese Anwälte haben legalistische Rechtfertigungen dafür verfasst, dass außerhalb Afghanistans aufgesammelte Verdächtige ohne Gerichtsbeschluss festgehalten werden können, dass ihnen traditionelle Rechte vorenthalten und der Zugang zum Komitee des Internationalen Roten Kreuzes verwehrt werden dürfen.

Die CIA und Anwälte des Büros für Rechtsberatung haben auch festgelegt, dass es legal ist, Verdächtige heimlich in einem Land zu ergreifen und sie dann zum Verhör und zum Einsperren in ein anderes Land zu schaffen – ein Vorgang, der als „rendition“ bekannt ist. Anwälte, die diese Entscheidungen mit zu verantworten haben, wissen dass ihre Arbeit den Rahmen des Rechts sprengt. „Ich habe mir eine passende Lesart des Gesetzes ausgesucht,“ sagte ein Anwalt. „Die Vorschriften sind ja nicht eindeutig, es war eine (persönliche) Einschätzung.“

Glaubwürdigkeit und Schuld

Einerseits wollte das Weiße Haus durch die begrenzte Debatte seines Programms den

Kongress offensichtlich während der ersten Jahre ausschließen. Andererseits erhob der Kongress nur schwache und sporadische Proteste. Die Regierung weigerte sich manchmal, den Komitees, welche die Geheimdienste beaufsichtigen sollen, die geforderten Details bekannt zu geben. Sie begrenzte auch die Anzahl der Kongressmitglieder, die routinemäßig mit diesen Angelegenheiten befasst waren, auf vier Mitglieder – die Vorsitzenden und (zwei) führende Mitglieder der Demokraten aus den Geheimdienstausschüssen im (Repräsentanten)haus und im Senat.

John D. Rockefeller IV (West-Virginia), führender Demokrat im Geheimdienstkomitee des Senates, beklagte sich 2003 in einem Brief an Vizepräsident Cheney, dass seine Information über die Abhöraktion der NSA unbefriedigend gewesen sei. „Wegen der Sicherheitsvorschriften, die mit dieser Information verbunden waren, und der Unmöglichkeit, Beteiligte selbst zu befragen oder zu beraten, sehe ich mich nicht in der Lage, diese Aktivitäten zu bewerten und erst recht nicht, sie zu billigen,“ schrieb er.

Rockefeller formulierte ähnliche Klagen wegen der Weigerung der CIA, das ganze Komitee das Hintergrundmaterial zu dem skeptischen Bericht des CIA-Generalinspektors über Inhaftierungen und Verhöre aus dem Jahr 2004 einsehen zu lassen, der die rechtliche Basis für „renditions“ in Frage stellte.

Einige ehemalige CIA-Offiziere befürchten jetzt, dass die CIA allein für Aktionen verantwortlich gemacht werden soll, die Bush angeordnet und Anwälte des Weißen Hauses für zulässig erklärt hatten.

Angriffe auf die CIA seien üblich, wenn verdeckte Aktionen bekannt und kontrovers diskutiert würden, sagte Gerald Haines, ein ehemaliger CIA-Historiker, der als Wissenschaftler an der Universität von Virginia arbeitet. „Es scheint mir so, als solle der CIA die Hauptschuld nach der gegenwärtigen Kritik übernehmen.“

Duane R. „Dewey“ Claridge, der in den 80er Jahren (des letzten Jahrhunderts) die verdeckten CIA-Anstrengungen zur Unterstützung der Contras in Nicaragua geleitet hat, sagte, die Arbeit der CIA im Ausland sei, wie könnte es auch anders sein, riskant und manchmal auch widerlich. **„Man hat eine Spionage-Agentur, weil die Spionage-Agentur ins Ausland geht, um Gesetze zu brechen. Wenn man diese hinterhältigen Dinge nicht zu tun wünscht, braucht man keine. Man hat ja das Außenministerium.“**

Aber ein ehemaliger CIA-Offizier sagte, die Agency sei nach dem 11. September „vom Weg abgekommen“, weil sie sich kaum noch einer Forderung der Regierung verweigere oder sie hinterfrage. Die unorthodoxen Maßnahmen sind außer Kontrolle geraten“ („have got to be flushed out of the system“ im Original), sagte der ehemalige Offizier. „So geht das nun mal in diesem Land.“

(Der Artikel wurde komplett übersetzt. Die Anmerkungen in Klammern wurden vom Übersetzer hinzugefügt.)

Die CIA – Bushs Geheimwaffe für weltweite illegale Einsätze

Europa schweigt zu den Kidnapper- und Killer-Kommandos der US-Regierung

Die WASHINGTON POST gehört zu den angesehensten Zeitungen der USA und ist seit der Watergate-Affäre bekannt dafür, dass ihre Journalisten durch sorgfältige Recherchen Skandale offen legen, an denen die jeweiligen US-Regierungen beteiligt sind.

Auch die Journalistin Dana Priest, die in ihrem viel beachteten Buch „The Mission“ den weltweiten Einsatz der US-Militärmacht kritisch untersucht hat, schreibt für die WASHINGTON POST. Sie hat als erste über die CIA-Geheimgefängnisse in Osteuropa berichtet und das Verhalten unseres ehemaligen Innenministers Otto Schily im CIA-Verschleppungsfall EL Masri aufgedeckt (s. LP 047/05).

Deshalb ist ihr vorstehend abgedruckter neuer Artikel auch wieder von besonderer Brisanz. Das scheint den deutschen Medien bisher entgangen zu sein, oder sie wollten bewusst die bereits eingedämmte öffentliche Diskussion über den Bush-CIA-Skandal und die offensichtliche Verstrickung der Regierung Schröder/Fischer in diesen Skandal nicht wieder neu entfachen.

Nicht nur die berüchtigten „renditions“, die EU-Justizkommissar Frattini gerade untersuchen lässt, sollten die Europäer beunruhigen, denn nach Dana Priests Informationen hört die CIA im Rahmen ihres fein verästelten, weltumspannenden GST-Programms in Europa auch ungestört und ohne jede rechtliche Legitimation Privatpersonen, Bankinstitute und andere öffentliche Einrichtungen ab, um sich umfassende Informationen über „Verdächtige“ und ihre geschützten Daten zu verschaffen. Warum lassen europäische Regierungen zu, dass US-Geheimdienste ständig und ungestraft unsere strengen Datenschutzbestimmungen missachten?

Wenn jetzt in den USA die unerlaubten Abhörmaßnahmen der NSA kritisiert werden, geht es ausschließlich darum, US-Bürger vor illegalen Eingriffen zu schützen. Was US-Geheimdienste im Umgang mit Ausländern und im Ausland treiben, hält auch die große Masse der US-Amerikaner für völlig legitim. Unsere Politiker müssen dieser Hybris der Bush-Regierung und der Mehrheit der US-Bevölkerung endlich entgegenreten. Wir können nicht tatenlos zusehen, wenn US-Interessen ständig rücksichtslos unter Bruch des Völkerrechts und der Gesetze betroffener Länder durchgesetzt werden.

Die zahlreichen US-Abhöreinrichtungen – auch in der Region Kaiserslautern – sind zu schließen, um künftige Straftaten zu verhindern. Auch wegen bereits begangener sonstiger Straftaten ist eingehend zu ermitteln, damit die Schuldigen bestraft werden können. Die US-Regierung muss entweder rechtlich verbindlich zusichern, dass ihre Geheimdienste ab sofort auch deutsche Gesetze strikt einhalten oder ihre Tätigkeit in der Bundesrepublik umgehend einstellen. Die bisher offensichtlich praktizierte Unterstützung rechtswidriger CIA-Aktionen durch Bundesbehörden muss restlos aufgeklärt und mit der Bestrafung der dafür Verantwortlichen sofort beendet werden. Falls auch in der Bundesrepublik ein gemeinsames Anti-Terror-Geheimdienstzentrum existiert, ist es sofort zu schließen.

Dass sich Bush nach den Anschlägen des 11. September 2001 mit Vollmachten ausstatten ließ, die an Hitlers Ermächtigungsgesetz erinnern, scheint den US-Amerikanern und der Weltöffentlichkeit bisher entgangen zu sein. Dieser US-Präsident hat die Gunst der Stunde genutzt, um die Grenze zwischen Legalität und Illegalität, zwischen Rechtsstaatlichkeit und staatlicher Willkür, zwischen Demokratie und Autokratie total zu verwischen, und dadurch nicht nur dem US-Rechtssystem, sondern auch dem zerbrechlichen Gefüge des Völkerrechts schweren Schaden zugefügt.

Die Bush-Regierung will die rechtswidrigen Praktiken der CIA offensichtlich etwas kaschiert, aber deutlich verschärft fortsetzen. CIA-Flüge werden sorgfältiger abgeschirmt und Verschleppte noch besser versteckt. Gefolterte Gefangene, die nicht mehr gebraucht werden, dürften künftig häufiger in Gefangenschaft „versterben“, damit sie verbrannt und spurlos „entsorgt“ werden können. Dann kann die CIA auch weiterhin alle verbotenen Foltertechniken anwenden, weil mit den Toten dann auch alle Folterspuren verschwinden.

Von der US-Regierung bezahlte CIA-Killerteams können im Grunde selbst darüber entscheiden, wen sie wo wie ermorden wollen. Von der Mafia bezahlte Auftragsmörder können sich zumindest ihr Opfer nicht selbst aussuchen. Auch nach US-Recht darf die Todesstrafe nur nach einem rechtsstaatlichen Verfahren und einem gerichtlich verhängten Todesurteil vollzogen werden. Wenn gegen die weltweit agierenden CIA-Mörderbanden bisher in keinem Land ein erfolgreiches Strafverfahren durchgeführt werden konnte, belegt das nur, wie sehr sich auch die jeweils zuständigen Strafverfolgungsbehörden von der erpresserischen Machtpolitik der US-Regierungen einschüchtern lassen.

Die von der US-Administration sicher gut bezahlten Winkeladvokaten und Rechtsverdrehher haben vor allem die Aufgabe, eindeutige Festlegungen des Völkerrechts ins Gegenteil zu verkehren. Folter darf nicht mehr Folter und Mord nicht mehr Mord heißen. Angriff wird zur Verteidigung, Krieg zur Befriedungsaktion und Besetzung zur Befreiung umdefiniert. Damit kleinere Länder die Weltmacht USA nicht eines Tages „überfallen“, schlägt der Riese die „potentiell feindlichen“ Zwerge schon vorher so zusammen, dass sie nur knapp überleben, ihrem Bezwinger nach Möglichkeit „freiwillig“ die Füße küssen und ihm zum Dank auch noch ihr – flüssiges – Gold fast geschenkt überlassen.

Auch mit dem schrecklichsten Terroranschlag lassen sich nicht der fortgesetzte Bruch des Völkerrechts, die permanenten Verstöße gegen internationale Konventionen und Verträge, die Missachtung nationaler Verfassungen oder Gesetze und schon überhaupt nicht die überfallartig in „Blitzkriegsmanier“ durchgeführten Angriffskriege gegen Afghanistan und den Irak rechtfertigen. Wenn der weltweite Widerstand gegen die US-Kriegspolitik nicht deutlich zunimmt und lauter wird, fallen demnächst auch Bomben auf den Iran. Das politische Fiasko, das verschiedene US-Regierungen im Mittleren Osten angerichtet haben, wird dann noch größer werden und überhaupt nicht mehr zu überwinden sein.

Einem solchen „Verbündeten“ schuldet kein Bündnispartner Loyalität. Wenn die Bush-Regierung die Menschenrechte und die Rechte aller anderen Länder mit Füßen tritt, weil sie mit allen legalen und illegalen Mitteln auf Kosten der übrigen Welt letztlich nur die Profite der US-amerikanischen Öl- und Rüstungskonzerne sichern will, müssen ihr auch Verbündete zum Schutz ihrer eigenen Bevölkerung in den Arm fallen. Wenn das amerikanische Volk der Bush-Clique nicht selbst das Handwerk legt, müssen die europäischen Regierungen – vor allem auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland – wenigstens jegliche Unterstützung dieser kriminellen Administration sofort einstellen und ihr verbieten, auf unserem Kontinent wie in einer Kolonie der USA zu agieren.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern